

# Klimapolitik sichert Internationale Handlungsfähigkeit

## Empfehlungen für eine integrierte Klima- und Außenpolitik

Die Eindämmung der Klimakrise ist ein zentraler Beitrag zu internationaler Stabilität, menschlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Resilienz. Zunehmende Extremwetterereignisse, der globale Wettstreit um Öl und Gas sowie verschärfte geopolitische Spannungen treiben bestehende Konflikte an und erschweren die multilaterale Zusammenarbeit. **Gleichzeitig verändert die rasch voranschreitende globale Energiewende das internationale Machtgefüge grundlegend:** Für Ex- und Importeure fossiler Energieträger ebenso wie für Akteure, die Rohstoffe oder Technologien einer defossilisierten Kreislaufwirtschaft liefern, verschiebt sich die wirtschaftliche und politische Balance. Der globale Wettlauf um Zukunftstechnologien eröffnet neue Räume für Kooperation, aber auch für strategischen Wettbewerb. Klimapolitik braucht deshalb ein Platz im Zentrum der deutschen Außenpolitik – nur so kann Deutschland Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und eine gerechte, multilaterale Ordnung aktiv mitgestalten.

Seit der COP26 in Glasgow hat das Auswärtige Amt gezielt Klimadiplomatie – auch über die UN-Klimaverhandlungen hinaus – vorangetrieben. Die Aufstockung zahlreicher Botschaften mit entsprechenden Fachpersonen schuf die Möglichkeit, das ganze Jahr über mit vielen Staaten und Regionen den Dialog zu vertiefen, Kooperationen anzubahnen und Spannungen abzubauen. Durch die Einsetzung der Sonderbeauftragten für Internationale Klimapolitik Jennifer Morgan gelang es, gezielt die Klimadiplomatie auszubauen und Deutschlands Profil als Vermittlerin zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu schärfen – etwa für die internationalen Kompromisse, die zentral waren für den Aufbau des Fonds für Verluste und Schäden oder für die Einigung auf die Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz-Ziele auf der COP28. Des Weiteren wurden *Just Energy Transition Partnerships (JETPs)* initiiert, um eine gerechte Energiewende in Schlüsseländern voranzutreiben. Klimarisiken wurden stärker in außenpolitische Analysen integriert und in der deutschen Sicherheitsstrategie wurde der Klimawandel als eine der zentralen Sicherheits Herausforderungen herausgearbeitet.<sup>1</sup> Mit der Veröffentlichung der ersten Klimaaußenpolitikstrategie für Deutschland im Jahr 2023 ist zudem ein wichtiger Meilenstein gelungen.<sup>2</sup> Die Strategie definierte zentrale Handlungsfelder und Prioritäten für Deutschland sowie interne Abstimmungsmechanismen.<sup>3</sup> **Diese Fortschritte zeigen, dass Deutschland international Wirkung entfalten kann – entscheidend ist nun, diesen Kurs fortzusetzen,** um Klimapolitik als integralen Bestandteil einer vorausschauenden Außenpolitik zu verankern.

Es liegt im deutschen Interesse, dass die nun beschlossene Rückverlagerung nationaler und internationaler Klimathemen in das Umweltressort im Zuge der Ressortumstrukturierung nicht dazu führt, den politischen Stellenwert der Klimapolitik zu schwächen. **Eine glaubwürdige und ambitionierte nationale und internationale Klimapolitik ist eine zentrale Voraussetzung für Deutschlands internationale Handlungsfähigkeit und Partnerschaftsfähigkeit.** Dieses Positionspapier formuliert Handlungsempfehlungen für die neue Bundesregierung auf inhaltlicher und institutioneller Ebene, um den außenpolitischen Umgang mit der Klimakrise wirkungsvoll und kohärent weiterzuentwickeln.

<sup>1</sup> Bundesregierung, 2023, [Nationale Sicherheitsstrategie. Integrierte Sicherheit für Deutschland](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

<sup>2</sup> Bundesregierung, 2023, [Klimaaußenpolitikstrategie der Bundesregierung](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

<sup>3</sup> Goritz, A. et al., 2024, [Bewertung der ersten Klimaaußenpolitik-Strategie der Bundesregierung](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

# Koalitionsziele nur durch vernetzte Klima- und Außenpolitik erreichbar

„Deutschland steht vor historischen Herausforderungen. Die Politik der kommenden Jahre wird maßgeblich darüber entscheiden, ob wir auch in Zukunft in einem freien, sicheren, gerechten und wohlhabenden Deutschland leben.“<sup>4</sup> So wird der Koalitionsvertrag von Union und SPD eingeleitet. Dieser Anspruch lässt sich nicht ohne eine ambitionierte Klima- und Transformationspolitik einlösen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 klargestellt, dass ambitionierter Klimaschutz Grundlage für den Schutz der Freiheitsrechte der jungen und künftiger Generationen ist.<sup>5</sup> **Die ausreichende Eindämmung der Klimakrise durch wirksame Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen ist demnach Voraussetzung für gesellschaftliche Gerechtigkeit und ein zentrales Element nationaler und globaler Sicherheit.** Zugleich hängen Wohlstand sowie Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht nur von der Verhinderung eskalierender Klimaschäden, sondern auch von einer erfolgreichen, zukunftsorientierten Transformation der Industrie ab.

Kurzum: Ein zentraler Faktor für ein freies, sicheres, gerechtes und wohlhabendes Deutschland ist der Umgang mit der Klimakrise, sowohl national als auch international. Wer „Verantwortung für Deutschland“ übernehmen will – so der Titel des Koalitionsvertrages –, muss der Klimapolitik im außenpolitischen Handeln einen hohen strategischen Wert beimessen.

## 1. Internationale Klimazusammenarbeit als Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit

Die neue Regierung setzt sich zum Ziel, „Bedingungen für eine wettbewerbsfähige und wachsende Volkswirtschaft“ zu schaffen. Eine effektive Klimaaußenpolitik, die Länder bei der ihrer gerechten Transformation und beim Umgang mit Klimawandelfolgen unterstützt, liegt auch im strategischen Interesse der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig bekennt sich die neue Bundesregierung klar zum Emissionsreduktionsziel der EU von 90 % bis 2040. **Sie muss nun beweisen, dass sie beide Ziele – Wettbewerbsfähigkeit sowie Klimaschutz – in Einklang bringen kann.** Dafür ist eine nationale Umsetzung zentral, aber auch die internationale Zusammenarbeit mit Partnern.

Länder des Globalen Südens sind wichtige Partner für die weltweite Energiewende und für die Bewältigung der Herausforderungen einer sich verschärfenden Klimakrise. Partnerschaften mit diesen Ländern können einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Entwicklungs- und Klimaziele dieser Länder leisten. Zugleich eröffnet sie Chancen für die deutsche Wirtschaft, insbesondere im Bereich innovativer und klimafreundlicher Technologien, und stärkt damit langfristig gemeinsame Interessen in einer zukunftsorientierten Transformation. Jeder in die Entwicklungszusammenarbeit – einschließlich der Klimafinanzierung – investierte Euro steigert die deutschen Wareneinfuhren um 0,36 Euro.<sup>6</sup> **Partnerschaften, die die Interessen beider Partner verfolgen und gemeinsame Ziele erarbeiten, sind dabei Voraussetzung für die langfristige erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit.** Das wiederum schafft Vertrauen in wirtschaftliche Kooperationen, insbesondere in einem zunehmend wettbewerbsorientierten geopolitischen Umfeld, in dem zuverlässige Partnerschaften keine Selbstverständlichkeit mehr sind.

---

<sup>4</sup> CDU, CSU und SPD, 2025, [Verantwortung für Deutschland](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

<sup>5</sup> Bundesverfassungsgericht, 2021, [Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich](#) (letzter Aufruf 30 Juni 2025).

<sup>6</sup> KfW, 2024, [Neue Studie: Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit schaffen Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland](#) (letzter Aufruf: 25. Mai 2025).

Klimafolgen wie Dürren, Überschwemmungen oder Ernteaussfälle können ganze Regionen destabilisieren und als Risikomultiplikatoren Konflikte wahrscheinlicher machen. Sie können Lieferketten unterbrechen und geopolitische Risiken erhöhen. Eine resiliente Infrastruktur in Ländern wie Bangladesch oder Thailand schützt prioritär Menschen und Ökosysteme. **Sie schützt aber auch Handelsbeziehungen, auf die deutsche Industrien – etwa in der Textil- oder Elektronikbranche – angewiesen sind.** Analysen zeigen, dass die deutsche Wirtschaft stärker von den Auswirkungen des Klimawandels außerhalb Europas betroffen ist als von den Auswirkungen innerhalb Europas.<sup>7</sup> Als Beispiel: Durch den Klimawandel werden Monsunregen in Südostasien intensiver. In 2011 legten schwere Überschwemmungen in Thailand große Teile der Elektronikindustrie lahm. Dadurch mussten Audi und Volkswagen ihre Produktion drosseln, denn wichtige Halbleiter waren nicht verfügbar. Ein vorausschauendes Engagement für klimaresiliente Infrastrukturen in Partnerländern ist nicht nur eine Frage globaler Verantwortung, sondern ein strategisches Eigeninteresse Deutschlands zur Absicherung wirtschaftlicher Stabilität.

## Empfehlungen

- **Wettbewerbsfähigkeit durch Transformation:** Die Bundesregierung sollte aktiv mitgestalten, wie eine klimaverträgliche und an der Kreislaufwirtschaft orientierte Industriepolitik die eigene Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz stärkt und auch international als Vorbild wirkt – u.a. durch Partnerschaften zugunsten grüner Wertschöpfungsketten oder für gemeinsame grüne Leitmärkte.
- **Glaubwürdigkeit durch Umsetzung:** Die Unterstützung des EU-Ziels von mind. -90% CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2040 ist wichtig als Grundlage für den europäischen Prozess für das neue Klimaziel für 2035. Gleichzeitig sollte eine strikt begrenzte Nutzung von internationalen Emissionszertifikaten unter Art. 6 des Pariser Klimaabkommens auf BECCS-Projekte (Bioenergy with Carbon Capture and Storage) begrenzt werden, damit keine Verwässerung des Ziels stattfindet und die Transformation in der EU nicht aufhört. Zudem muss dieses Ziel mit einer ambitionierten nationalen Umsetzungsagenda im Sinne eines Instrumenten-Mixes aus einem Emissionshandelssystem, Ordnungsrecht und gezielten Subventionen unterlegt werden. Dies stärkt auch Deutschlands und Europas internationale Position gegenüber globalen Mächten wie China und Indien.
- **Fossile Lock-ins verhindern:** Die deutsche Außenwirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit muss sicherstellen, dass die Laufzeit für fossile Energieinfrastruktur nicht künstlich verlängert wird – etwa durch neue Gasinfrastruktur, überkommene Exportförderung oder fossile Subventionen.<sup>8</sup>

## 2. Zuverlässige Finanzierung stärkt verantwortungsvolle Außenpolitik

„Voraussetzungen für eine starke deutsche Außenpolitik sind die eigene wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stärke sowie das integrierte Zusammenwirken von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.“<sup>9</sup> Diese angekündigte stärkere Verzahnung von Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik und das Bekenntnis zu multilateralen Strukturen und der Umsetzung der Agenda 2030 sowie des Pariser Klimaabkommens sind wichtige Schritte hin zu einer kohärenten Außenpolitik.

Doch eine Senkung der Gelder für internationale Entwicklungszusammenarbeit und Klimapolitik (ODA-Quote) – gerade jetzt, wo die USA als wichtiger Geber wegbrechen – widerspricht allen Bekenntnissen zur globalen Verantwortung. Zwar bleibt der Koalitionsvertrag eine konkrete Zielmarke schuldig, doch die angekündigte „angemessene Reduktion“ und die sich nun abzeichnende weitere Kürzung widerspricht dem Anspruch, internationale Kooperation und Krisenbewältigung zu stärken. Bereits 2024 ist die ODA-Quote

---

<sup>7</sup> Umweltbundesamt, 2023, IG-R-2: [Exposure of Germany's foreign trade to global climate change](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

<sup>8</sup> Fiedler, S. et al., 2025, [Umweltschädliche Subventionen und Anreize im Koalitionsvertrag](#) (letzter Aufruf 25. Mai 2025).

<sup>9</sup> CDU, CSU und SPD, 2025, [Verantwortung für Deutschland](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

knapp unter 0,7 % des Bruttonationaleinkommens gesunken.<sup>10</sup> **Ein gezieltes Reißen dieser Messlatte kommt in der gegenwärtigen geopolitischen Situation einer Selbstverzweigung Deutschlands gleich und ist nicht akzeptabel.** In Baku hat die Bundesregierung mit den anderen Industrieländern eine schrittweise Verdreifachung der internationalen Klimafinanzierung zugesagt. Nach dem Wegbruch der USA schaut nun die Welt umso mehr auf Deutschland, den nun größten Geldgeber international für Klima- und Entwicklungsgelder.<sup>11</sup> Ein fehlender Aufwuchs oder gar eine Kürzung der internationalen Klimafinanzierung stünde auch im Widerspruch zu dem Ziel, Deutschlands fairen Anteil an der internationalen Klimafinanzierung zu leisten und Deutschland als verlässlichen Partner in Zeiten zunehmender globaler Krisen zu etablieren.

Die klare Zusage zu einer „auskömmlichen Finanzierung“ humanitärer Hilfe im Koalitionsvertrag, zur Stärkung von Frühwarnsystemen und zum stärkeren Engagement bei Rückzug anderer Geberländer ist positiv zu bewerten. Diese Schritte sind angesichts wachsender Krisenlagen dringend notwendig. Gleichzeitig stehen diese Zusagen im Widerspruch zu den geplanten Budgetkürzungen – ein Zielkonflikt, der bislang nicht aufgelöst wird. **Besonders die zunehmenden Auswirkungen klimabedingter Katastrophen verlangen nach einer systematisch klimaresilienten humanitären Hilfe.**

## Empfehlungen

- **Internationale Finanzierung sicherstellen:** Das Absenken der ODA-Quote an sich gefährdet die Beziehung mit anderen Staaten und ist auch nicht mit einem fairen Beitrag Deutschlands zur internationalen Klimafinanzierung vereinbar. Alles unter 0,7% des Bruttonationaleinkommens zerstört in großem Maße Vertrauen. Um die bisherigen Verpflichtungen im internationalen Klimaschutz einzuhalten, muss im Klima- und Transformationsfonds (KTF) sichergestellt werden, dass mind. 10 Mrd. der 100 Mrd. auch für internationale Klimafinanzierung genutzt werden können.
- **Kooperation mit verletzlichen Staaten:** Zentral ist auch die Kooperation mit besonders klimaverwundbaren Ländern. Die Bundesregierung und die EU sollten sich – gerade jetzt, wo die Gelder der US-Regierung wegbrechen – bilateral und im multilateralen Rahmen als verlässliche Partner für bedarfsgerechte Unterstützung positionieren.

## 3. Klimarisiken in die Sicherheitsarchitektur der Bundesregierung integrieren

Die Bundesregierung will „den multiplen Bedrohungen von außen und im Innern mit einer Zeitenwende in der Inneren Sicherheit“ begegnen.<sup>12</sup> Zu den zentralen Herausforderungen gehört dabei unbestreitbar die Klimakrise: Laut *Global Risk Report 2025* des *World Economic Forum* sind die fünf größten globalen Risiken der kommenden zehn Jahre mit der Klimakrise verbunden.<sup>13</sup> **Die Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung (NIKE) verdeutlicht darüber hinaus, dass die Klimakrise in den kommenden Jahren als Risikomultiplikator und -generator in nahezu allen sicherheitsrelevanten Bereichen wirken wird.**<sup>14</sup> Steigende wirtschaftliche, finanzielle und gesundheitliche Belastungen durch extremere Wetterereignisse wie Dürren, Hitzewellen und Überschwemmungen, können die kritische Infrastrukturen, Lieferketten, Landwirtschaft und Gesundheitssysteme direkt gefährden. Zudem erhöht der Klimawandel das Risiko globaler Konflikte durch verschärfte Ressourcenknappheit, Gefährdung der Ernährungssicherheit, Wasserstress und klimabedingte Migration. Die NIKE zeigt aber auch, dass die Energiewende geopo-

---

<sup>10</sup> BMZ, 2025, [ODA Zahlen](#) (letzter Aufruf 30. Juni).

<sup>11</sup> Donor Tracker, n.d., [ODA Spending](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

<sup>12</sup> CDU, CSU und SPD, 2025, [Verantwortung für Deutschland](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

<sup>13</sup> World Economic Forum, 2025, [Global Risk Report 2025](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

<sup>14</sup> METIS et al., 2025, [Nationale Interdisziplinäre Klima-Risikoeinschätzung](#) (letzter Aufruf 25. Mai 2025).

litische Risiken birgt: Der globale Wettbewerb um Technologien, kritische Rohstoffe und neue Handelsstrukturen wird schärfer, was Auswirkungen auf Deutschlands Energiesicherheit haben kann. Gleichzeitig können zögerliche internationale Fortschritte im Klimaschutz die regelbasierte internationale Ordnung weiter unter Druck setzen – mit potenziellen Spannungen zwischen Großmächten und neuen Konfliktfeldern wie Geoengineering. Auch innenpolitisch ist Klimapolitik sicherheitsrelevant: Transformationsängste, gesellschaftliche Polarisierung und ungleiche Verteilung der Kosten bergen Risiken für die demokratische Stabilität in Deutschland und der EU. Zu Recht also betrachtet die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik die Klimakrise als eine der drei zentralen Sicherheits Herausforderungen.<sup>15</sup> **Ein integriertes Sicherheitsverständnis, so wie es im Koalitionsvertrag benannt wurde, dass Klima klar als Bestandteil hat, ist für eine wirklich kohärente Außen- und Sicherheitspolitik zentral.**

Die Klimakrise wirkt dementsprechend als Risikomultiplikator, der bestehende Konflikte verschärft, neue sicherheitspolitische Herausforderungen erzeugt und das nationale und internationale Krisenmanagement zunehmend belastet. Es ist ein wichtiges Signal, dass die neue Regierungskoalition anerkennt: Unsere Sicherheit endet nicht an nationalen Grenzen und darf nicht nur militärisch verteidigt werden, sondern auch dort, wo wir gemeinsam etwa Hunger, Pandemien und die Klimakrise bekämpfen. **Die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates sowie eines Nationalen Krisenstabs im Bundeskanzleramt sind wichtige Schritte zu besserer Koordinierung und Reaktion auf Sicherheitsrisiken – Klimarisiken müssen dabei systematisch mitgedacht werden.** Das betrifft sowohl die direkten sicherheitsrelevanten Folgen klimabedingter Extremereignisse als auch die indirekten Auswirkungen.

## Empfehlungen

- **Klimasicherheit im Nationalen Sicherheitsrat:**
  - Klimasicherheit sollte als fester Tagesordnungspunkt des geplanten Nationalen Sicherheitsrats integriert und klimabezogene Risikoanalysen in dessen Arbeit verankert werden.
  - Klima-, entwicklungs- und wirtschaftspolitische Ressorts sollten an den Beratungen des Nationalen Sicherheitsrats regelmäßig beteiligt werden, um sektorübergreifende Expertise zusammenzuführen.
- **Klimasicherheitsberichte:** Sicherheitsrelevante „Klimasicherheitsberichte“, Klima-Lagebilder und Risikoberichte, die öffentlich zugänglich sind, um Entscheidungsträger:innen und Gesellschaft zu sensibilisieren sollten in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden.
- **Kompetenzzentrum für Klimarisiken:** Die Bundesregierung sollte ein ressortübergreifendes Kompetenzzentrum für Klimarisiken (mittelfristig) zur Bündelung von Forschung, Analyse und Frühwarnung etablieren – in Anlehnung an internationale Modelle aus dem Vereinigten Königreich und der Niederlande.
- **Frühwarnsystem für Kipppunkte:** Ein Frühwarnsystem für Kipppunkte sollte etabliert werden, das mit den Institutionen und Behörden verbunden ist, die bei Auslösen der Vorwarnung die notwendigen Maßnahmen zum Abwenden oder Eindämmen der dann gewaltigen Risiken treffen können.

---

<sup>15</sup> Bundesregierung, 2023, [Nationale Sicherheitsstrategie. Integrierte Sicherheit für Deutschland](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

## Institutionelle Voraussetzungen für eine effektive Verzahnung von Klima- und Außenpolitik

Um die internationale Handlungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, braucht es klare Strukturen und Verantwortlichkeiten. Die erfolgreiche Verzahnung von Klima- und Außenpolitik erfordert daher eine enge, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Ressorts. Ohne klare Koordinationsmechanismen drohen Inkohärenzen, ineffiziente Doppelstrukturen und Zielkonflikte, insbesondere vor dem Hintergrund parteipolitisch geprägter Zuständigkeiten.

### 1. Ressortübergreifende Koordination stärken und verstetigen

Internationale Klimapolitik ist kein isoliertes Politikfeld, sondern berührt u.a. auch Entwicklungs-, Biodiversitäts-, Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitspolitik. **Für eine kohärente Klimaaußenpolitik braucht es feste Koordinationsformate, sowohl politisch als auch operativ.** Auch der Koalitionsvertrag betont, dass Schnittstellen erarbeitet werden müssen.

#### Empfehlungen

- **Interministerielle politische Koordinierung:** Um die Kohärenz zwischen dem Auswärtigen Amt, BMUKN, BMZ, BMWE, BMF und Bundeskanzleramt<sup>16</sup> zu sichern und Synergien im internationalen Handeln zu heben, ist ein ständiges interministerielles Koordinierungsgremium zur strategischen Abstimmung von außen- und klimapolitischen Prioritäten unter regelmäßiger Beteiligung von Staatssekretär:innen notwendig.
- **Austausch auf operativer Ebene:** Zur Koordination der Arbeitsebene sollten ressortübergreifende Arbeitskreise unter Beteiligung aller relevanten Ministerien (Auswärtiges Amt, BMUKN, BMZ, BMWE u.a.) eingesetzt werden. Diese Arbeitskreise stellen den Informationsfluss, das Monitoring sowie eine kohärente Kommunikation (nach innen und außen) sicher und fördern zugleich die thematische und regionale Abstimmung zwischen den Ressorts – etwa durch gemeinsame Länder- und Themengruppen oder ressortübergreifende Taskforces zu Schlüsselthemen wie Klimafinanzierung, Wasserknappheit oder Energiediplomatie. Ziel sollte sein, Inkohärenzen zu vermeiden und ressortübergreifende Synergien systematisch zu nutzen.

### 2. Außenpolitische Integration sicherstellen

Die Bündelung fachlicher Zuständigkeiten in einem Ressort kann zwar eine deutsche, europäische und internationale Klimapolitik aus einem Guss und Effizienz im Innenverhältnis schaffen; zugleich gehen damit Risiken für die notwendige ressortübergreifende Kohärenz einher. Gerade in der internationalen Klimapolitik – einem Feld, das so viele Sektoren verbindet – sind Koordination und strategische Ausrichtung über Ressortgrenzen hinweg entscheidend. **Gleichzeitig muss das BMUKN nun ein funktionales Äquivalent für den Wegfall der Position der Sonderbeauftragten für Internationale Klimapolitik schaffen, um das ganze Jahr die komplexen bilateralen und multilateralen Gespräche mit zentralen Partnerländern bzw. Ländergruppen voranzutreiben.** Nur eine klare außenpolitische Anbindung der Klimapolitik verschafft Deutschland den notwendigen Einfluss in globalen Foren und Agilität in der Gestaltung internationaler Allianzen.

---

<sup>16</sup> Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit – BMUKN; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – BMWE.

## Empfehlungen

- **Beteiligung des Auswärtiges Amts sicherstellen:** Das Auswärtige Amt sollte weiterhin systematisch an der Vorbereitung und Durchführung internationaler Konferenzen, insbesondere COPs, bilateralen Klimadialogen und hochrangigen Energie- und Klimaformaten beteiligt werden (z. B. MoCA, PCD).<sup>17</sup>
- **Diplomatische Netzwerke nutzen:** Bestehende diplomatische Netzwerke im Ausland sollten zur Unterstützung des BMUKN bei der Umsetzung globaler Klima- und Energieinitiativen genutzt werden – insbesondere durch Fortbildung von Klimareferent:innen an Botschaften und durch eine engere Anbindung dieser an das BMUKN zur operativen Umsetzung internationaler Klima- und Energiekooperationen.
- **Klimaaußenpolitische Prioritäten benennen:** Die Klimaaußenpolitikstrategie sollte an die neuen geopolitischen Herausforderungen angepasst und zentrale Prioritäten für Deutschland sollten benannt werden.

## 3. Globale Partnerschaften strategisch weiterentwickeln

In einer zunehmend multipolaren und sich schnell wandelnden Welt, in der traditionelle Partner wie die USA wenig verlässlich sind, gewinnt der Aufbau neuer strategischer Partnerschaften und Kooperationsformate an Bedeutung. **Der Koalitionsvertrag hat dafür eine neue „Nord-Süd-Kommission“ angekündigt.** Laut SPD-Chef, Vizekanzler und Finanzminister Klingbeil lässt sich die Haltung dieser neuen Institution mit einem Satz aus dem Abschlussbericht der Nord-Süd-Kommission (1980) von Willi Brandt wiedergeben: *„The challenge for the next decades will not be met by an adversary system of winners and losers – North versus South or East versus West – but only by one founded on human solidarity and international cooperation amongst all.“*<sup>18</sup> Da wir uns derzeit vor lauter grundlegenden Problemen befinden – Klimawandel und Biodiversitätsverlust, Pandemien oder Überwindung einer einseitig auf den Westen ausgerichteten Weltwirtschaftspolitik –, die nur durch Kooperation im Sinne von Lösungen, von denen alle profitieren, überwunden werden können, wäre dies ein wichtiger Startpunkt. Angesichts einer wachsenden Zahl autoritärer und rechtspopulistischer regierter Staaten, die in der Logik des Nullsummenspiels ein „Wir zuerst!“ ins Zentrum stellen, könnten aus so einer Kommission wichtige Impulse erwachsen. Expert:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Unternehmen und Forschung sollten hier gemeinsam neue Antworten auf die drängenden Fragen so erarbeiten, dass dies bestehende Foren unterstützt. **Ein klarer Fokus, hochrangige Unterstützung durch die Bundesregierung sowie ausreichend Kapazitäten für Handlungsfähigkeit und die umsichtige Auswahl von den Mitgliedern der Kommission werden darüber entscheiden, ob dieses Gremium wirklich relevant wird.**

Ein Testfall für Kooperationen, bei denen es keine Gewinner und Verlierer gibt, sind die Klima- und Energiepartnerschaften. Nach kritischer Evaluation der Erfolge und Fehler der bisherigen Ansätze könnten diese zu einem Meilenstein für die Zusammenarbeit auch über den Klimabereich hinaus werden. Viele der verwundbarsten Staaten, darunter Bangladesch, die Pazifischen Inselstaaten oder Pakistan, spielen nicht nur regional, sondern auch global eine bedeutende geopolitische Rolle. **Für Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik sind Partnerschaften, die durch strategische Kooperation und mit Mobilisierung öffentlicher und privater Klimafinanzierung aufgebaut werden, höchst relevant.**

## Empfehlungen

- **Kooperation ins Zentrum stellen:** Die Kommission sollte keine Dichotomien festigen, sondern neue Formen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit in den Fokus stellen. Dies sollte auch in der Benennung der „Nord-Süd-Kommission“ deutlicher zum Ausdruck kommen.

<sup>17</sup> Ministerial on Climate Action – MoCA, Petersberger Klimadialog – PCD.

<sup>18</sup> Bundesministerium der Finanzen, 2025, [Lars Klingbeil bei der Hamburg Sustainability Conference](#) (letzter Aufruf 30. Juni 2025).

- **Ziele klar benennen:** Für den Erfolg der Kommission ist die Erarbeitung einer klaren Zielsetzung von zentraler Bedeutung. Hierzu sollte die Bundesregierung frühzeitig Partner aus dem Globalen Süden einbeziehen und ihnen eine gleichberechtigte Rolle im Prozess einräumen.
- **Inklusive Mitgliedschaft sicherstellen:** Die Kommission sollte als ressortübergreifendes Gremium unter hochrangiger Unterstützung der Bundesregierung und unter Einbindung internationaler Partner, multilateraler Institutionen sowie zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteure stattfinden.
- **Gemeinsame Investitionsplattformen entwickeln:** Die Bundesregierung sollte in ihrer Partnerschaftsarbeit die Entwicklung gemeinsamer Investitionsplattformen mit und in Partnerländern vorantreiben. Diese Plattformen könnten zur besseren Umsetzung der SDGs, zur Stärkung von Menschenrechten, Rechtsstaat und Demokratie sowie zur Beschleunigung der notwendigen und gerechten Transformation beitragen.
- **Europäische Koordination stärken:** Die Bundesregierung sollte eine enge Koordination mit europäischen Instrumenten (z. B. Global Gateway, Team-Europe-Initiativen), um Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu bündeln. In Kooperation mit EU-Institutionen und weiteren Mitgliedstaaten können Partnerschaftsangebote gemacht werden, die attraktiver für Partner sind, größere Wirkung entfalten und finanziell tragfähiger sind.

## 4. Klima in Auslandsvertretungen stärken

Klimaschwerpunktbotschaften sind ein zentrales Instrument zur Stärkung der klimapolitischen Zusammenarbeit mit Partnerländern. Der Aufbau war ein Meilenstein, um endlich – auch jenseits der UN-Konferenzen und für ihre Vorbereitung das ganze Jahr über – eine deutlich größere Handlungsfähigkeit zu erreichen. **Sie fungieren als wichtige Schnittstellen vor Ort, erlauben die Vorbereitung von Kooperationen, den regelmäßigen Austausch über unterschiedliche Positionen und bieten somit deutschen Ministerien wertvolle Einblicke und Kontakte für eine vertiefte Zusammenarbeit bzw. notwendiges Krisenmanagement.** Um das Potenzial von Klimaschwerpunktbotschaften zu nutzen, brauchen sie eine gute Anbindung an das AA und darüber hinaus an das BMUKN, das jetzt die Federführung für internationale Klimapolitik hat, sowie eine gute personelle und strukturelle Ausstattung.

### Empfehlungen

- **Klimaexpertise in Auslandsvertretungen stärken:** Klimabezogene Fachreferate in deutschen Auslandsvertretungen sollten ausgebaut und diplomatisches Personal zu globalen Klimathemen, Energiemärkten und Transformationsdynamiken systematisch weitergebildet werden.
- **Inlands- und Auslandsprozesse koordinieren:** Auslandsvertretungen sollten gut verzahnt sein mit dem Mainstreaming-Prozess für Klimaaußenpolitik im AA sowie mit dem BMUKN.
- **Regelmäßige regionale Berichterstattung:** Die Klimaschwerpunktbotschaften sollten regelmäßig (jährlich) Berichte über Chancen und Risiken in Bezug auf Klima-, Energie- und Rohstoffpartnerschaften sowie strategische Synergien bzw. Konfliktfelder in der Klimadiplomatie mit den entsprechenden Partnerländern erstellen.
- **Dialog durch Auslandsvertretungen stärken:** Botschaften sollten stärker als regionale Plattformen für Dialog, Kooperation und Vernetzung – z. B. durch Veranstaltungsreihen wie „Climate Talks“ genutzt werden.
- **Raum für Zivilgesellschaft etablieren:** Dabei sollte angesichts des schrumpfenden Spielraums für Zivilgesellschaft in vielen Regionen auch der Raum für regelmäßige Dialoge von Think Tanks und NGOs sowie sozialen Bewegungen aus Deutschland und Europa und der entsprechenden Region etabliert werden.



---

**Autorinnen:** Alexandra Goritz, Laura Schäfer

**Mit Beiträgen von:** Christoph Bals, Vera Künzel, Petter Lydén

**Redaktion:** Nikola Klein

**Zitiervorschlag:** Goritz, A., Schäfer, L., 2025, Klimapolitik sichert internationale Handlungsfähigkeit. Empfehlungen für eine integrierte Klima- und Außenpolitik, [www.germanwatch.org/de/93210](https://www.germanwatch.org/de/93210).

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: <https://www.germanwatch.org/de/93210>

Juli 2025

**Herausgeber: Germanwatch e.V.**

**Büro Bonn**

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

**Büro Berlin**

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 5771 328-0, Fax -11

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

---

Diese Veröffentlichung wurde von der European Climate Foundation (ECF) gefördert. Die Verantwortung für die in dieser Publikation enthaltenen Informationen und Ansichten liegt bei den Autor:innen. Die ECF kann nicht für die Verwendung der darin enthaltenen oder ausgedrückten Informationen verantwortlich gemacht werden.